

## **Antworten der CDU auf den Fragenkatalog von FIAN, MISEREOR; BUKO Agrar Koordination und JUSTITIA ET PAX:**

**Wie wollen Sie verhindern, dass geistige Eigentumsrechte an Saatgut und anderen Lebensformen die Ernährungssicherheit weltweit gefährden? Welchen Standpunkt hat Ihre Partei zur Nutzung von und Forschung an der GUR-Technologie (Terminator-Technologie)?**

Jeder Bauer soll frei darüber entscheiden, ob er gentechnisch veränderte Pflanzen verwenden will oder nicht. Dieses Selbstbestimmungsrecht ist im internationalen Recht durch den Vertrag über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) festgeschrieben. Die bisherigen Anbauerfahrungen mit gentechnisch verbesserten Pflanzen zeigen, welchen Nutzen die Grüne Gentechnik gerade für die Entwicklungsländer haben kann. Deshalb muss der Technologietransfer zwischen Industrie- und Entwicklungsländern weiter ausgebaut werden. Durch das jahrelange Verbot der Anwendung der Grünen Gentechnik in Deutschland und in der Europäischen Union wurden die heimischen, zumeist mittelständischen Saatgutunternehmen von der Einführung dieser neuen Technologie weitgehend ausgeschlossen. Eine weitere Verhinderung von Forschung und Anwendung in Deutschland würde wenigen internationalen Konzernen den Weltmarkt ohne Konkurrenz überlassen und das Risiko von Machtmissbrauch erhöhen.

**Wie werden Sie durchsetzen, dass in Hungerkrisen das Wahlrecht der betroffenen Länder respektiert wird zu wählen, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe empfangen wollen oder nicht?**

Die Union spricht sich dafür aus, humanitäre Nothilfe in enger Abstimmung mit den betroffenen Ländern bzw. den Betroffenen selber zu leisten. Die Forderung vertritt die Union auch gegenüber anderen Gebern

## **Antworten der SPD auf den Fragenkatalog von FIAN, MISEREOR; BUKO Agrar Koordination und JUSTITIA ET PAX:**

**Wie wollen Sie verhindern, dass geistige Eigentumsrechte an Saatgut und anderen Lebensformen die Ernährungssicherheit weltweit gefährden? Welchen Standpunkt hat Ihre Partei zur Nutzung von und Forschung an der GUR-Technologie (Terminator-Technologie)?**

Die von der SPD geführte Bundesregierung hat sich immer dafür eingesetzt, dass der Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen und die dezentrale Pflege der biologischen Vielfalt nicht unangemessen eingeschränkt werden. Sie erkennt das Recht der Länder an, ihre nationale Gesetzgebung im Rahmen des geltenden Rechts so auszugestalten, dass erworbenes Saatgut für die Wiederaussaat und für die lokale Forschung verwendet werden kann. Sie betont außerdem die Souveränität aller Länder über ihr traditionelles Wissen und die dort vorhandenen genetischen Ressourcen. Die Vorteile, die sich aus der Nutzung dieser Ressourcen ergeben, sollen ausgewogen und gerecht geteilt werden. Bei der Weiterentwicklung des Rechtsrahmens sind diese Aspekte zu berücksichtigen. Der Einsatz und die Forschung an einer Technologie, die lediglich dem Ziel dient, dass Saatgut ausschließlich auf kommerziellem Wege erworben werden kann, widersprechen grundsätzlich dieser Position.

**Wie werden Sie durchsetzen, dass in Hungerkrisen das Wahlrecht der betroffenen Länder respektiert wird zu wählen, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe empfangen wollen oder nicht?**

Auch wenn genetisch veränderte Nahrungsmittel als neue Option im Kampf gegen Hunger und Unterernährung in den Entwicklungsländer angeboten werden, muss die Wahlfreiheit der Verbraucher zwischen gentechnisch veränderten und anderen Produkten auch in diesen Ländern gesichert bleiben. Deshalb müssen strenge Grenzwerte und Haftungsverpflichtungen her, um eine Verunreinigung gentechnikfreier Flächen zu verhindern. Wir unterstützen die Vereinbarung der Bundesregierung mit dem Welternährungsprogramm, dass aus den deutschen Beiträgen keine genetisch veränderten Nahrungsmittel beschafft werden dürfen.

- 5 -

Als erster Geberstaat kooperiert Deutschland zudem mit der Afrikanischen Union im Bereich der biologischen Sicherheit und unterstützt damit die afrikanischen Staaten bei der Durchsetzung ihrer Interessen im internationalen Politikraum. Wir fordern, dass Deutschland die Entwicklungsländer weiterhin dabei unterstützt, nationale Regelsysteme für den sicheren Transport und Umgang mit genetisch veränderten Nahrungsmitteln zu erarbeiten und die Umsetzung und Harmonisierung internationaler Abkommen und regionaler Richtlinien zu fördern.

## **Antworten der FDP auf den Fragenkatalog von FIAN, MISEREOR; BUKO Agrar Koordination und JUSTITIA ET PAX:**

**Wie wollen Sie verhindern, dass geistige Eigentumsrechte an Saatgut und anderen Lebensformen die Ernährungssicherheit weltweit gefährden? Welchen Standpunkt hat Ihre Partei zur Nutzung von und Forschung an der GUR-Technologie (Terminator-Technologie)?**

Die FDP tritt für die verantwortbare Nutzung der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft ein. Die Potenziale der Grünen Gentechnik sind vielfältig. Sie betreffen viele Lebensbereiche und bieten Vorteile für Verbraucher, Umwelt und Landwirtschaft: Verminderung von Umweltbelastungen, Verbesserung der Nahrungsmittel, Optimierung nachwachsender Rohstoffe. Der Anbau von genetisch veränderten Kulturpflanzen ist ethisch vertretbar. Bei Kulturpflanzen mit besonderen Eigenschaften, z. B. Goldener Reis, kann der Anbau ethisch geboten sein, weil durch die damit verbesserte Vitamin A-Versorgung vor allem Kinder in Entwicklungsländern besser vor Erblindung geschützt werden. Die umfangreichen Zulassungsverfahren für genetisch veränderte Kulturpflanzen sichern die Unbedenklichkeit der aus ihnen hergestellten Nahrungs- und Futtermittel. Der Anbau genetisch veränderter Kulturpflanzen bedeutet keine durch das Züchtungsverfahren bedingte Belastung der Umwelt. Über die Einführung neuer technischer Methoden und den daraus entwickelten Produkten entscheidet der Markt. Das gilt auch für die Grüne Gentechnik. Das neue rot-grüne Gentechnikrecht blockiert die Grüne Gentechnik in Deutschland. Die FDP wird das innovationsfeindliche Gentechnikrecht grundlegend korrigieren. Das gilt vorrangig für die Praxis untauglicher Regelungen, für die Haftung und das unbeabsichtigte Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Pflanzen.

**Wie werden Sie durchsetzen, dass in Hungerkrisen das Wahlrecht der betroffenen Länder respektiert wird zu wählen, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe empfangen wollen oder nicht?**

Das Wahlrecht der betroffenen Länder, zu wählen, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe empfangen wollen oder nicht, ergibt sich aus der Souveränität und der Gleichheit von Staaten. Entwicklungspolitik ist keine Almosenpolitik sondern Zukunftsinvestition, bei der die Länder in die Lage versetzt werden, ihre Potentiale auszubauen und zu nutzen. Dazu gehört auch das eigenständige Wahlrecht über die Art der Nahrungsmittelhilfe.

## **Antworten der Grünen auf den Fragenkatalog von FIAN, MISEREOR; BUKO Agrar Koordination und JUSTITIA ET PAX:**

### **Eigentumsrechte an Saatgut – TRIPS**

Die Weiterentwicklung des TRIPS-Abkommens sollte zum Ziel haben, die Patentierung der Entdeckung lebender Organismen zu verbieten und das WTO-Regime mit der internationalen Biodiversitätskonvention in Einklang zu bringen. Traditionelles Wissen, Verfahren und Kenntnisse indigener Völker und von Kleinbauern in den Entwicklungsländern sollten anerkannt und bewahrt werden. Durch das WTO-Regime darf der Zugang zu pflanzengenetischen Ressourcen nicht eingeschränkt werden. Das Recht der Länder, die traditionelle Verwendung von biologischen Materialien fortzuführen sowie Saatgut für die Wiederaussaat und für die lokale Forschung uneingeschränkt verwenden zu können, sollte gestärkt werden. Gleichzeitig sollten Entwicklungsländer bei der Einführung eines Patentrechts und der Umsetzung des TRIPS-Abkommens unterstützt werden.

### **Hungerkrisen und Wahlrecht gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe**

Wir werden uns, wie wir das in der Vergangenheit getan haben, für dieses Wahlrecht mit den in der Außen- und Entwicklungspolitik zur Verfügung stehenden Mitteln einsetzen.

## **Antworten der Linken auf den Fragenkatalog von FIAN, MISEREOR; BUKO Agrar Koordination und JUSTITIA ET PAX:**

**Wie wollen Sie verhindern, dass geistige Eigentumsrechte an Saatgut und anderen Lebensformen die Ernährungssicherheit weltweit gefährden? Welchen Standpunkt hat Ihre Partei zur Nutzung von und Forschung an der GUR-Technologie (Terminator-Technologie)?**

Die Linkspartei.PDS lehnt den Einsatz von gentechnischen Patentschutzverfahren (GURTs) grundsätzlich ab. Mittels der Terminator-Technologie, einer von derzeit rund 60 Techniken des biologischen Patentschutzes, können Saatguthersteller Pflanzen herstellen, deren Samen durch einen gentechnisch eingebauten Mechanismus nicht keimfähig sind oder nur mit Hilfe einer herstellereigenen Chemikalie keimen können. Insbesondere für Kleinbauern in Entwicklungsländern stellt diese Technologie eine existenzielle Bedrohung dar, weil sie, etwa nach Missernten, häufig nicht in der Lage sind, die dadurch hervorgerufenen Kosten aufzubringen. Zudem werden sie von der Saatgutindustrie abhängig, weil sie jedes Jahr neues Saatgut oder keimungsfördernde Chemikalien kaufen müssen. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass gentechnisch veränderte Pollen vom Feld in benachbarte Areale gelangen. Sind Kreuzungspartner vorhanden, entstehen möglicherweise auch bei anderen Pflanzensorten keimunfähige Samen. Traditionelle Nutzpflanzen der betroffenen Region und die Artenvielfalt wären dann gefährdet.

**Wie werden Sie durchsetzen, dass in Hungerkrisen das Wahlrecht der betroffenen Länder respektiert wird zu wählen, ob sie gentechnisch veränderte Nahrungsmittelhilfe empfangen wollen oder nicht?**

Die Linkspartei.PDS hat grundsätzlich große Bedenken gegenüber dem Einsatz gentechnisch veränderter Nutzpflanzen. Die Gefahrenpotentiale der so genannten grünen Gentechnik für den Menschen und die natürliche Umwelt sind bisher nicht hinreichend erforscht, mögliche Negativ-Folgen nicht absehbar.

Die Linkspartei.PDS wird deshalb sowohl im Bundestag als auch im Europaparlament darauf hinwirken, dass grundsätzlich keine gentechnisch veränderten Nahrungsmittel im Rahmen von Hilfslieferungen eingesetzt werden.